Landesgruppe
Nordrhein-Westfalen

Nr.02/ 30.01.2026

Wirtschaft ankurbeln und den Sozialstaat reformieren

In nur knapp einem halben Jahr hat es die Koalition aus Union und SPD geschafft, wichtige positive Impulse in die Wirtschaft zu geben. Nach den Rezessionsjahren 2023 und 2024 wurde bereits für das vergangene Jahr ein Wachstum von 0,2 Prozent berechnet. Der Jahreswirtschaftsbericht geht nun für 2026 von 1,0 Prozent Wachstum aus.

Das ist ein positives Signal und eine Trendumkehr, allerdings auch nur ein Anfang. Das Wachstum wird vor allem von den staatlichen Investitionen in Modernisierung, Resilienz und Sicherheit angestoßen. Daher sind die im Bericht aufgeführten weiteren Maßnahmen in den kommenden Wochen und Jahren zwingend nötig: Wir müssen auf europäischer Ebene zu mehr Freihandel kommen, Investitionsanreize setzen und strukturelle Reformen bei Energiepreisen, Bürokratie und Staatsfinanzen angehen.

Der Jahreswirtschaftsbericht 2026 zeigt, dass bereits viel erreicht wurde – von der Reduktion der Energiepreise über wettbewerbsfähigere Unternehmensbesteuerung bis hin zu ersten spürbaren Schritten beim Bürokratieabbau. Diese Fortschritte sind kurz- und langfristig angelegt – in jedem Fall verbessern sie aber schon heute die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts nachhaltig. Zugleich bleibt viel zu tun. Über staatliche Investitionen hinaus braucht es umfassende Strukturreformen. Die sozialen Sicherungssysteme müssen so weiterentwickelt werden, dass sie ihre Zukunftsfähigkeit aus eigener Kraft gewährleisten. Notwendig sind bezahlbare und wettbewerbsfähige Energiepreise für Firmen und Verbraucher. Die Versorgungssicherheit muss jederzeit gegeben sein Und der Standort muss gezielt gestärkt werden, um Unternehmen und Investitionen dauerhaft anzuziehen.

Die Kommission zur Sozialstaatsreform hat diese Woche dazu ein umfassendes Reformkonzept vorgelegt, um den steuerfinanzierten Sozialstaat transparenter, effizienter und bürgerfreundlicher zu gestalten. Die 26 Empfehlungen sind eine gute Grundlage, um jetzt zügig und gezielt Reformen auf den Weg zu bringen. Die Union will keine Zeit verlieren, wenn es darum geht, Leistungen zu vereinfachen, Arbeit zu belohnen und die Verwaltung zu entlasten. Ein moderner Sozialstaat muss verständlich, schnell und verlässlich sein – nicht kompliziert und bürokratisch. Je schlanker unser Sozialstaat ist, desto mehr Kosten können wir auch einsparen – bei aufwendigen Verfahren und schlecht aufeinander abgestimmte Leistungen. Damit bauen wir überflüssige Bürokratie ab.

Teil der Empfehlungen sind deshalb auch mehr Pauschalierungen, automatisierte Verfahren sowie ein zentrales digitales Anlauf- und Serviceportal. Nicht zuletzt stärkt ein leistungsfähiger Sozialstaat auch das Vertrauen in Staat und Demokratie. Wer den Staat im Alltag als unterstützend erlebt, fasst wieder mehr Vertrauen in seine Institutionen. Auch dieses Ziel haben wir fest im Blick.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

den Schutz von kritischen Infrastrukturen zu gewährleisten, ist eine Kernaufgabe für Staat und Wirtschaft und ein zentrales Thema der Sicherheitspolitik Deutschlands. Deswegen nehmen wir den Schutz kritischer Infrastrukturen bundeseinheitlich und sektorenübergreifend mit einem umfassenden KRITIS-Dachgesetz in Angriff. Dazu werden die wichtigsten kritischen Infrastrukturen in elf Sektoren definiert, darunter Energie, Ernährung, Wasser, Gesundheit, Transport und Verkehr.

Zunächst werden nach dem KRITIS-Dachgesetz die wichtigsten kritischen Infrastrukturen identifiziert. Hierbei handelt es sich um Infrastrukturen, ohne die das Funktionieren der Wirtschaft insgesamt und folglich die Versorgungssicherheit der Bevölkerung im Bundesgebiet gefährdet ist. Es werden ab Inkrafttreten des neuen Gesetzes für die einzelnen kritischen Dienstleistungen nationale Risikobewertungen durchgeführt, auf deren Grundlage die Betreiber eigene Risikobewertungen durchführen sollen. Das Gesetz legt nun Mindestanforderungen fest, die für alle Sektoren gelten. Dabei gilt der All-Gefahren-Ansatz. Jedes denkbare Risiko muss berücksichtigt werden, von Naturkatastrophen bis hin zu Sabotage, Terroranschlägen und menschlichem Versagen.

Resilienzmaßnahmen können etwa die Bildung von Notfallteams, Schulungen für Beschäftigte, Objektschutz und Maßnahmen zur Sicherstellung der Kommunikation, Notstromversorgung und Maßnahmen zur Ausfallsicherheit und Ersatzversorgung sein. Die Betreiber müssen außerdem Vorfälle zentral melden. Die Erkenntnisse aus diesem Störungsmonitoring helfen dabei, Schwachstellen zu entdecken und Lücken zu schließen und insgesamt die Widerstandskraft kritischer Anlagen weiter zu erhöhen.
Resiliente Infrastruktur ist eine Frage nationaler Sicherheit und staatlicher Handlungsfähigkeit. Deshalb machen wir mit Hilfe des KRITIS-Dachgesetzes Schluss mit Flickenteppich und zu vielen Zuständigkeiten beim Schutz unserer kritischen Infrastruktur.

Herzliche Grüße aus Berlin!

Dr. Günter Krings, MdB
Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW

Foto: Tobias Koch

Die Listung der Revolutionsgarden ist ein Durchbruch

Europa steht zusammen an der Seite des iranischen Volkes

Diese Woche erzielten die EU-Außenminister eine politische Einigung über die maßgeblich von der Bundesregierung vorangetriebene Terrorlistung der iranischen Revolutionsgarden. Dazu erklärt der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Hardt:

„Die iranischen Revolutionsgarden sind der Kern des verbrecherischen Mullah-Regimes. Raketenbau, die Unterstützung von Terrorgruppen im Ausland und die Verfolgung von Oppositionellen läuft über die Revolutionsgarden. Zu lange hielt die Anbindung der Revolutionsgarden an den iranischen Staat Europa davon ab, sie als das zu sanktionieren, was sie sind: eine Terrororganisation.

Mit der Listung wird auch klar benannt, was der Iran unter dem Mullah-Regime ist: ein Terrorstaat. Das ist der Wesenskern dieses mordenden Regimes. Unsere Nachricht an die Mitglieder der Revolutionsgarden und alle jungen Männer, die aus ideologischen oder opportunistischen Gründen einen Beitritt erwägen, lautet: Ihr macht Euch das Leben kaputt. Den Revolutionsgarden beizutreten, ist, als würde man dem IS beitreten. Diesen Makel wird man nicht mehr los: Ein Studium oder Job in Europa ist ausgeschlossen.
Nun geht es darum, die Protestbewegung im Iran weiter zu unterstützen und zum Erfolg zu führen. Das iranische Volk muss sich selbst den Weg zur Demokratie ebnen, hat dabei aber alle Unterstützung verdient. Diese Entscheidung ist ein Meilenstein und ein maßgeblicher Erfolg von Bundeskanzler Merz und Bundesaußenminister Wadephul.“ *Foto: Tobias Koch*

Impressum:

Ausgabe Nr. 02/2026,
30. Januar 2026

Landesgruppe NRW der
CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421

Email:
fabian.bleck@cducsu.de
Redaktion/ V.i.S.d.P:
Karl-Heinz Aufmuth,
Fabian Bleck

Für Freihandel mit Wertepartnern

Freihandel ist eines der wichtigsten Mittel, um sich im Wettstreit zu behaupten, um Abhängigkeiten von den Großmächten zu reduzieren, so der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU in der aktuellen Debatte. Er warb diese Woche aktiv für die Umsetzung der EU-Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten und mit Indien. Die EU brauche Handelspartner und Wertepartner, um sich auf Augenhöhe mit den Großmächten zu bringen.

Jens Spahn weiter: „Der grüne Kampf gegen Freihandel hat vergangene Woche einen neuen Höhepunkt erreicht. Wer in Brüssel den Links- und Rechtsextremen eine Mehrheit verschafft, der sollte hier in Berlin keine Moralpredigten halten, wie wir sie in den letzten Tagen und Wochen regelmäßig gehört haben. Umso wichtiger ist es jetzt, und das ist auch unsere ausdrückliche Erwartung an die Kommission, dass Mercosur so bald als möglich vorläufig in Kraft tritt.“

Wir brauchen eine aktivere Cyberabwehr gegen hybride Bedrohungen

Zur Ankündigung von Bundesinnenminister Alexander Dobrindt, dass Deutschland künftig verstärkt gegen Cyberangriffe vorgehen wird, erklärt der digitalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ralph Brinkhaus:

„Alexander Dobrindt hat Recht. Wir brauchen eine aktivere Cyberabwehr gegen hybride Bedrohungen. Aktuell agiert Deutschland vor allem wie eine Feuerwehr: Brände werden gelöscht, Schäden begrenzt, Systeme wiederhergestellt. Für die Angreifer bleibt das Risiko realer Konsequenzen jedoch gering. In einer Lage, in der Cyberangriffe gezielt als politisches Druckmittel eingesetzt werden, reicht reine Schadensbegrenzung nicht aus. Verteidigung heißt deswegen auch Abschreckung.

Eine wehrhafte Demokratie braucht die Fähigkeit, Angriffe klar zuzuordnen und glaubwürdig zu reagieren - abgestuft, rechtsstaatlich und eingebettet in internationale Strukturen. Genau darum geht es bei einer aktiveren Cyberabwehr: Wir müssen unseren Instrumentenkasten für unsere Sicherheitsbehörden, von den Nachrichtendienste bis zur Bundeswehr, so erweitern, dass Angriffe nicht folgenlos bleiben und das Eskalationspotential zugleich kontrollierbar bleibt.“

Foto: Tobias Koch

Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.